



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Mahmod

Telefon: (0221) 221 22061

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: midia.mahmod@stadt-koeln.de

Datum: 22.03.2019

Niederschrift

über die **38. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 11.03.2019, 16:33 Uhr bis 17:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Christian Joisten	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Pöttgen	SPD	Vertreter von Frau Monika Schultes
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD	Vertreterin von Herrn Peter Kron ab 16:46Uhr
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	Vertreterin von Herrn Dr. Ralph Elster
Frau Ira Sommer	CDU	Vertreterin von Herrn Niklas Kienitz
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE	Vertreterin
Herr Ulrich Breite	FDP	Vertreter für Herrn Ralph Sterck

Beratende Mitglieder

Herr Sven Tritschler	AfD	anwesend ab 16:42Uhr
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT	

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Stadtdirektor Dr. Stephan Keller
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Frau Bettina Mötting
Herr Alexander Vogel

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Kron	SPD	vertreten durch Frau Elfi Scho-Antwerpes ab 16:46Uhr
Frau Monika Schultes	SPD	vertreten durch Herrn Andreas Pöttgen
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	vertreten durch Frau Monika Roß-Belkner
Herr Niklas Kienitz	CDU	vertreten durch Frau Ira Sommer
Herr Ralph Sterck	FDP	vertreten durch Herrn Ulrich Breite

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Sie kündigt an, dass sie dem Hauptausschuss unter TOP 2.1 *Mitteilungen* eine aktuelle Information zum Wahlverfahren zur Besetzung der Beigeordnetenstelle des Dezernates IV - Bildung, Jugend und Sport geben möchte.

Es gibt folgende Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

5.1.1 Sonderprogramm Maßnahmenpaket Schulbau GU/TU - Baubeschluss zum Neubau einer Erweiterung am Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstraße 1 in 50939 Köln durch einen Generalunternehmer
0459/2019

II. Nichtöffentlicher Teil

11.1.1 Mietvertragsangelegenheit und Gruppenaufstockung einer Kindertageseinrichtung
0588/2019

11.1.2 Grundstücksangelegenheit
0574/2019

Es gibt folgende Absetzung:

II. Nichtöffentlicher Teil

12.1 Personalangelegenheit
0642/2019

Die nachfolgende Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 2 Mitteilungen**
 - 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
 - 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 5 Dringlichkeitsentscheidungen**
 - 5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.1.1 Sonderprogramm Maßnahmenpaket Schulbau GU/TU - Baubeschluss zum Neubau einer Erweiterung am Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstraße 1 in 50939 Köln durch einen Generalunternehmer
0459/2019
 - 5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 6 Sonstige Allgemeine Vorlagen**
 - 6.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung
hier: Beschleunigung von Vergabeprozessen und Erfahrungsbericht
3430/2018

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

11 Dringlichkeitsvorlagen

11.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1.1 Mietvertragsangelegenheit und Gruppenaufstockung einer Kindertageseinrichtung
0588/2019

11.1.2 Grundstücksangelegenheit
0574/2019

11.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

12 Personalien

12.1 Personalangelegenheit
0642/2019

13 Sonstige allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

Wahlverfahren zur Besetzung der Beigeordnetenstelle des Dezernates IV – Bildung, Jugend und Sport

Frau OB Reker teilt mit, dass heute das Schreiben der Regierungspräsidentin zum Beigeordnetenwahlverfahren eingegangen sei. Aus diesem ergebe sich, dass das Ziel, die Beigeordnetenstelle zeitnah zu besetzen, nach Auffassung der Bezirksregierung auch durch das neuaufgesetzte Verfahren erreicht wird. Hinsichtlich des Abbruchs des Verfahrens seien die Regierungspräsidentin und sie unterschiedlicher Rechtsauffassung.

RM Joisten bedankt sich für die Informationen und sieht die Rechtsauffassung der SPD-Fraktion bestätigt. Der Rat müsse sich kurzfristig mit der Angelegenheit befassen.

RM Petelkau weist darauf hin, dass die Regierungspräsidentin den Beschluss nicht beanstandet habe. Bemerkenswert sei, dass die Regierungspräsidentin lediglich eine Kritik geäußert habe.

Es sei richtig, das Verfahren neuaufzusetzen. Das Schreiben der Regierungspräsidentin sollte aus seiner Sicht von der Kommunalaufsicht in der nächsten Instanz überprüft werden.

Auch RM von Bülow betont, dass die Bezirksregierung das Verfahren nicht beanstandet habe. Für ihre Fraktion sei es wichtig, die Stelle möglichst schnell nachzusetzen.

RM Joisten betont, da das neuaufgesetzte Verfahren aus dem Abbruch des vorherigen Verfahrens hervorgegangen ist, könne man nun eben nicht davon sprechen, sich jetzt in einem rechtssicheren Verfahren zu befinden.

Auf Nachfrage erläutert Herr StD Dr. Keller, aus Sicht der Verwaltung gebe es für weitere Schritte keinen Anlass. Er schlägt vor, den Fraktionen das Schreiben der Regierungspräsidentin zur Verfügung zu stellen. Aus diesem gehe hervor, dass sie gerade deshalb nicht einschreitet, weil das neuaufgesetzte Verfahren zu einer rechtssicheren Wahl am 04.04.2019 führe.

RM Breite erinnert an ein Verfahren aus dem Jahr 2010. Der damalige Regierungspräsident habe die Auffassung vertreten, dass das Verfahren abgebrochen und neu aufgelegt werden soll. Der damalige Oberbürgermeister habe daraufhin den Rat aufgefordert, dies umzusetzen und dieser habe sich daran gehalten. Es sei verwunderlich, dass die jetzige Regierungspräsidentin zu einem anderen Ergebnis kommt. Zwar sei hier die Bewerbungsfrist bereits abgelaufen gewesen, die Vorstellungsgespräche hatten allerdings noch nicht stattgefunden.

RM Stahlhofen teilt mit, man soll jetzt als Kommune entscheiden, wie man weitervor-

geht.

Herr StD Dr. Keller wiederholt, dass die Regierungspräsidentin von einer Anweisung Abstand genommen habe.

Auf Nachfrage teilt RM Joisten mit, dass ihm das Schreiben der Regierungspräsidentin vorliegt.

Anmerkung:

Das Schreiben der Regierungspräsidentin wurde den Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträgern des Rates unmittelbar im Anschluss an die Sitzung des Hauptausschusses zugesandt.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Dringlichkeitsentscheidungen

5.1 Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.1.1 Sonderprogramm Maßnahmenpaket Schulbau GU/TU - Baubeschluss zum Neubau einer Erweiterung am Hildegard-von-Bingen-Gymnasium, Leybergstraße 1 in 50939 Köln durch einen Generalunternehmer 0459/2019

Herr BG Greitemann erläutert die Dringlichkeit der Vorlage.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, den nach Abschluss eines europaweiten Vergabeverfahrens einzigen Bieter als Generalunternehmer mit dem Neubau der Erweiterung am Hildegard-von-Bingen-Gymnasium Leybergstraße 1 in 50939 Köln zu beauftragen. Grundlage der Beauftragung ist das zuschlagnehmende Angebot mit Gesamtkosten in Höhe von 39.239.686,71 Euro brutto.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 Satz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6 Sonstige Allgemeine Vorlagen

6.1 Anpassung der Zuständigkeitsordnung hier: Beschleunigung von Vergabeprozessen und Erfahrungsbericht 3430/2018

Frau OB Reker stellt die Vorlage vor und weist auf zwei Änderungen hin. Zum einen werde die „doppelte“ Gremienbeteiligung wegfallen, d. h. bei wiederkehrenden Bedarfen ist künftig keine erneute Gremienbeteiligung erforderlich, wenn der Bedarf in der Vergangenheit durch Beschluss anerkannt wurde und von den zugrunde gelegten Standards nicht abgewichen wird.

Zum anderen werde mit der Vorlage die vom Rechnungsprüfungsamt angeregte Beteiligung der politischen Gremien bei Anmietungen umgesetzt, die bisher als Geschäft der laufenden Verwaltung galten.

Frau StK Prof Dr. Diemert weist darauf hin, dass die Gemeindehaushaltsverordnung NRW zum 01.01.2019 durch die Kommunalhaushaltsverordnung ersetzt wurde. Dadurch habe es u. a. auch Verschiebungen in den Nummerierungen gegeben. Diese redaktionellen Änderungen seien in der jetzigen Fassung der Vorlage noch nicht berücksichtigt. Sie schlägt daher vor, den Beratungslauf der Vorlage um die Sitzung des Finanzausschusses am 01.04.2019 zu ergänzen und eine Anlage vorzulegen, in der dann die entsprechenden redaktionellen Korrekturen vorgenommen werden.

RM Joisten bittet, die Vorlage ohne Votum zu verweisen, da sie der Fraktion vorgestellt wurde, den Mitgliedern des Hauptausschusses aber relativ kurzfristig zuzuging.

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mündliche Anfragen

gez. Reker
Oberbürgermeisterin

gez. Mahmod
stellv. Schriftführerin